



die lobby für kinder

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Sophienblatt 85, 24114 Kiel
Tel. 0431 / 666679-0, Fax 666679-16
info@kinderschutzbund-sh.de
www.kinderschutzbund-sh.de

Pressemitteilung

Kiel, 11.10.2016

Kosten für den Schulbesuch bei knapp 1000 Euro pro Schuljahr

Kinderschutzbund fordert vollständige Entlastung für Eltern bei Lernmitteln

KIEL Der schleswig-holsteinische Landtag befasst sich am Freitag, 14. Oktober 2016, mit dem Thema Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein. Eltern in Schleswig-Holstein sehen deutlich in ihrem Portemonnaie, dass der Schulbesuch ihrer Kinder nicht zum Nulltarif zu haben ist: den Beitrag zur Klassenkasse für Verbrauchsmaterial wie Kopierkosten haben sie entrichtet, die Anschaffungsliste für Hefte, Tuschkasten und Co. ist abgearbeitet, neue Sport- und Hausschuhe sind gekauft, Atlas, Duden und Lektüre neu angeschafft. Eine Studie des Kieler Leibniz-Instituts, die das schleswig-holsteinische Bildungsministerium nach Beschluss des Landtages in Auftrag gegeben hatte, ist Gegenstand der Landtagsberatung. Sie summiert die durchschnittlichen Kosten für die Eltern auf knapp 1.000 Euro pro Kind und Schuljahr. Vorangegangen war, dass der Kinderschutzbund gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) seit Dezember 2013 auf die Lücke hinweist, die zwischen tatsächlichen Kosten von mindestens 300 Euro pro Kind und Schuljahr und der 100 Euro-Erstattung im Rahmen des sogenannten Bildungs- und Teilhabe-Paketes (BuT) klafft. Die Landesregierung nennt 120.000 Kinder und Jugendliche als berechtigt, Mittel aus dem sogenannten BuT zu beziehen, davon sind viele Schülerinnen und Schüler.

„Die Studie bestätigt die Ergebnisse der Abfragen des Kinderschutzbundes. Diese grundlegende Chancenungleichheit vom ersten Schultag an ist nicht hinnehmbar. Wir fordern daher als nächsten Schritt, dass Eltern von den Kosten für Verbrauchsmaterial und Bücher entlastet werden“, erklärt Irene Johns, Vorsitzendes des Kinderschutzbundes in Schleswig-Holstein. „Die Schulträger und das Land sollen jedem Kind Kopien, Schulhefte, Radiergummi, Duden, Atlas und Lektüre zur Verfügung stellen. Im weiteren Schritt muss eine Lösung für Schulequipment und die Ausstattung für den Sportunterricht her“, so Irene Johns weiter. „Insgesamt bewerten wir 410 Euro der in der Studie aufgelisteten Kosten als für die Eltern nicht zu verändern. Damit sind die 100 Euro des sogenannten BuT bereits bei weitem überschritten. Die weiteren 590 Euro für Schulessen, Nachhilfe, Ausflüge, Klassenfahrten und Beförderung können bereits jetzt zum großen Teil auf Antrag von Eltern mit geringem oder keinem Einkommen erstattet werden“, erläutert die Landesvorsitzende.

Die Studie beschreibt deutlich, dass es landesweit keinen Überblick gibt, welche Kosten den einzelnen Schulträgern entstehen. „Der Kinderschutzbund fordert die systematische Erfassung der Kosten in allen schleswig-holsteinischen Kommunen, die den Schulträgern durch Lernmittel entstehen. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass diese Kosten auch bundesweit erhoben werden“, weist Irene Johns auf eine dünne Datenlage hin. „Allerdings wird deutlich, dass der größte Teil

der Bildungskosten bei den Eltern hängen bleibt. Es ist nicht akzeptabel, dass das individuelle Familieneinkommen die Bildungschancen des einzelnen Kindes so sehr bestimmt“, bewertet Irene Johns die Situation in Schleswig-Holstein. Sie erinnert an den immensen Geheimhaltedruck für die Kinder, wenn sich die Eltern ihre Ausrüstung nicht leisten können. Wie soll ein Kind oder Jugendlicher sich auf Rechtschreibung oder Matheformeln konzentrieren, wenn er oder sie verheimlicht, dass kein Geld für die nächste Lektüre oder einen Taschenrechner übrig ist? „Kinder sind gegenüber ihren Eltern sehr loyal und lassen sich lieber vom Lehrer als nicht verlässlich einstufen als offen mit dem Geldmangel umzugehen“, so die approbierte Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin weiter.

Der Kostenaufwand für Nachhilfe kann einen großen Anteil einnehmen, nicht wenige Eltern geben 1000 Euro aus. „Die Lehrkräfte schätzen laut Studie den Aufwand für Nachhilfe aber viel geringer ein, offenbar tauschen sie sich mit den Eltern viel zu wenig zum Förderungsbedarf der Kinder aus. Um die Chancengerechtigkeit der Schulkinder zu verbessern, müsste man der Frage nachgehen, warum ist so viel Nachhilfe nötig und gegebenenfalls noch mehr differenzierte Förderung in der Schule anbieten müssen“, schließt Irene Johns ihre Überlegungen zur Studie des Leibniz-Instituts.